

Stadt Hildesheim

HM
zum B.-Pl. Nr. 16

B e g r ü n d u n g

zur Aufhebung des Baunutzungsplanes für das durch Grenze umrandete Gebiet.

Der seit dem 16.06.1961 rechtsverbindliche Baunutzungsplan ist in vielen Teilen seines Geltungsbereiches hinsichtlich der Festsetzung überholt. Sie entsprechen weder der vollzogenen noch der zukünftigen baulichen Entwicklung. Die Beurteilung von Bauvorhaben nach den Vorschriften des Baunutzungsplanes hat insbesondere im innerstädtischen Bereich vielfach zur Versagung der Genehmigung führen müssen, da die Bauvorhaben zwar einer wünschenswerten städtebaulichen Entwicklung entsprachen, aber den Richtlinien des Baunutzungsplanes zuwiderliefen.

Da bei der Novellierung des Bundesbaugesetzes auch der § 34 (Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile) exakter und konkreter gefaßt wurde als es vorher der Fall war, ist damit eine ausreichende Beurteilungsbasis für Vorhaben vorhanden.

Kosten entstehen der Stadt durch die Aufhebung des Baunutzungsplanes nicht.

Bodenordnende Maßnahmen sind nicht erforderlich.

Hildesheim, den 18.01.1977

In Vertretung

